

Panorama v. 05.11.2020

Strafgerichtshof: Endlich Gerechtigkeit für CIA-Opfer?

Anmoderation

Anja Reschke:

Land der Freiheit - land of the free – dafür steht SIE als Symbol (Freiheitsstatue). Aber auch Land der Gerechtigkeit. Jeder kriegt das, was er verdient. Diese Überzeugung ist bei den US-Amerikanern tief verwurzelt. Im Guten wie im Schlechten. Wer sich anstrengt, kann es weit bringen. Aber wer etwas verbochen hat, muss dafür geradestehen. Von daher ist der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag eine Institution, die eigentlich im Sinne der USA, auch in ihrem Verständnis als Weltpolizei, sein müsste. Hier können Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher angeklagt werden, die in ihren Heimatländern nicht belangt werden. 122 Länder bekennen sich zu diesem Gericht, afrikanische, asiatische, alle Länder der EU. Ausgerechnet die USA allerdings erkannten den Strafgerichtshof nie an. Im Gegenteil. Sie torpedierten ihn sogar. Unter Donald Trump hat das - wie gewohnt- seinen Höhepunkt erreicht. Jonas Schreijäg und Armin Ghassim

Die USA im Kampf gegen die internationale Justiz.
Sanktionen gegen den Strafgerichtshof.

O-Ton

Mike Pompeo, US-Außenminister, 02.09.2020:

„Der internationale Strafgerichtshof hat es leider weiter auf Amerikaner abgesehen. Entsprechend der Verfügung des Präsidenten werden die USA deshalb die Chefanklägerin sanktionieren. Der Strafgerichtshof ist eine vollständig kaputte und korrupte Einrichtung.“

Eine korrupte Einrichtung, die bestraft werden muss? Der internationale Strafgerichtshof in Den Haag – gestützt von 122 Staaten und zuständig für Verbrechen gegen die Menschlichkeit weltweit. Das Gericht bringt Kriegsverbrecher auf die Anklagebank, ermittelt dann, wenn diese in ihrem Heimatstaat nicht verfolgt werden.

Jetzt wird dieses Gericht also von den USA angegriffen. Sanktionen etwa gegen die Chef-Anklägerin Fatou Bensouda aus Gambia. Es drohen Einreisesperren, Beschlagnahmung von Besitz und sogar Verhaftungen.

O-Ton

Fatou Bensouda, Chefanklägerin Internationaler Strafgerichtshof:

„Es ist schockierend, dass Sanktionen, die normalerweise gegen Drogenschmuggler, Terroristen und Kriegsverbrecher verhängt werden, jetzt gegen diejenigen verhängt werden, die für Menschenrechte kämpfen.“

Warum die Eskalation der Amerikaner?

Seit dem Frühjahr ermittelt Bensouda Kriegsverbrechen in Afghanistan - begangen von allen Kriegsparteien - auch von US -Militär und CIA im vermeintlichen „Kampf gegen den Terror.“

Es geht um Vergewaltigungen, Folter, Verschleppungen.

Er war eines der Opfer. Der Deutsche Khaled El Masri aus Neu-Ulm.

2003 wird er von einem CIA-Entführungskommando gekidnappt und nach Afghanistan verschleppt. In einem Geheimgefängnis wie diesem wird er dann verhört, geschlagen, gedemütigt.

Monatelange Isolationshaft, erzählt uns Khaled el Masri heute, 16 Jahre später.

O-Ton Khaled el Masri, CIA-Folteropfer:

„In der Zelle haben die mir dann gesagt, dass ich hier in einem Land bin, wo keine Gesetze gibt. Sie können mich hier 20 Jahre einsperren oder mich umbringen. Niemand weiß von mir was. Das wurde mir schon ganz am Anfang klargemacht und das war auch so.“

Nach fünf Monaten lässt die CIA El Masri laufen. Die Amerikaner hatten ihn verwechselt - ein Irrtum, also quasi „aus Versehen“ gefoltert.

Ein Verbrechen, doch niemand ermittelt gegen die Täter. Bis Panorama recherchiert und die CIA Agenten 2006 aufspürt - in den USA.

Panorama v. 21.09.2006:

„Guten Morgen, Sir, wir wollten Sie nach der Verschleppung von Khaled el Masri fragen.“

Keiner der mutmaßlichen CIA-Agenten äußert sich zur Verschleppung von Khaled el Masri.

Panorama v. 21.09.2006:

„Ich wollte Sie nur nach der Verschleppung von Khaled el Masri fragen.“

Und offenbar hat Keiner Konsequenzen zu befürchten. Die Polizei kommt zwar damals - aber weil wir an einem Grundstück filmen, nicht etwa, um die Entführer festzunehmen. Verdächtige werden im Heimatland nicht verfolgt.

Genau für solche Fällen gibt es den Strafgerichtshof. Und jetzt untersucht er zum ersten Mal mögliche Menschenrechtsverbrechen von US-Amerikanern.

O-Ton

Fatou Bensouda, Chefanklägerin Internationaler Strafgerichtshof:

„Der Internationale Strafgerichtshof ist ja nur die allerletzte Instanz. Bevor wir vor Gericht gehen, haben wir sichergestellt, dass diesen Verbrechen sonst nirgendwo nachgegangen würde. Auch nicht in den USA. Und gerade deshalb müssen WIR gegen die mutmaßlichen Täter dieser Verbrechen in Afghanistan ermitteln.“

Das Grundproblem: Die USA haben den Internationalen Strafgerichtshof nie anerkannt. Konsens zwischen Republikanern und Demokraten. Trump hat das bloß auf die Spitze getrieben.

Dass er internationales Recht missachtet, zeigt er ganz offen, wie in diesem bemerkenswerten Video:

O-Ton

Donald Trump (CNN, 17.02.2016):

„Erzählt mir nicht, es funktioniert nicht. Folter funktioniert! Glaubt mir, es funktioniert.“

Für Trump sind offenbar weniger Kriegsverbrecher der Feind, sondern eher Ermittlerinnen wie Fatou Bensouda. Seine Sanktionen reichen sogar noch weiter, betreffen alle, die der Chefanklägerin und dem Gericht helfen.

O-Ton

Fatou Bensouda, Chefanklägerin Internationaler Strafgerichtshof:

„Das hat natürlich Auswirkungen für die, die mit uns arbeiten. Es ist abschreckend, für die Opfer und für Menschenrechtler, die mit uns arbeiten. Die müssen natürlich schauen, ob sie in Anbetracht der Sanktionen weiter mit uns arbeiten können.“

Bisher halfen auch Menschenrechtler und Anwälte in den USA bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern. Jetzt sind auch sie durch die Sanktionen bedroht. Etwa der Anwalt des deutschen CIA-Opfers El Masri:

O-Ton

Steven Watt, US-Menschenrechtsanwalt:

„Ich habe vor dem Strafgerichtshof mehrere Opfer vertreten. Aber das musste ich jetzt komplett auf Eis legen. Weil durch die Verfügung des Präsidenten jeder sanktioniert werden kann, der irgendwie mit dem Strafgerichtshof zusammenarbeitet. Sie könnten einen dafür sogar bis zu 20 Jahre ins Gefängnis stecken.“

Es ist das erste Mal, dass ein Staat Juristen des Strafgerichtshofs sanktioniert.
In Deutschland sorgt das für Kopfschütteln.

O-Töne:

Heiko Maas (SPD), Bundesminister des Auswärtigen, 28.10.2020:

„Seit Neuestem belegt Washington Vertreter des Gerichtshofes sogar mit Sanktionen.“

Zaklin Nastic, Die Linke, 28.10.2020:

„Und warum? Weil sich Frau Bensouda nicht hat einschüchtern lassen.“

Michael Brand, CDU/CSU, 28.10.2020:

„...das muss man sich auf der Zunge nochmal zergehen lassen.“

Kai Gehring, B90/Grüne, 28.10.2020:

„Es kann nicht sein, dass diejenigen, die internationale Verbrechen aufklären sollen, selbst zur Zielscheibe werden.“

Heiko Maas, SPD, Bundesminister des Auswärtigen, 28.10.2020:

„Etwas, was vor ein paar Jahren so noch gar nicht vorstellbar gewesen ist – auf jeden Fall ein großer Fehler, von dem ich hoffe, dass er in absehbarer Zeit korrigiert wird.“

Doch wird dieser „Fehler“ korrigiert?

Würde ein möglicher Präsident Biden die Haltung zum Strafgerichtshof ändern?

Zwar beantwortet Biden unsere Anfrage dazu nicht - ein Blick ins Archiv zeigt aber: Schon als der Strafgerichtshof gegründet wurde, war Senator Joe Biden kein Befürworter:

O-Ton

Joe Biden, damaliger US-Senator, 1998:

„Es macht einem ernste Sorgen um die US-Truppen weltweit. In Ländern, die dem Strafgerichtshof angehören, könnten US-Kräfte von diesem Gericht verfolgt werden, obwohl wir ihm nicht angehören.“

Und auch später, unter Biden als Vizepräsident, blieben die USA bei ihrer Ablehnung.

Und die Sanktionen? Würde ein möglicher Präsident Biden zumindest die Bedrohung der Chefanklägerin zurücknehmen?

O-Ton

Fatou Bensouda

Chefanklägerin Internationaler Strafgerichtshof:

„Wir hoffen, dass die USA ihre feindliche Haltung gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof überdenken. Denn gerade die USA sind ja immer sehr stolz auf ihre Achtung der Menschenrechte und ihre Rechtsstaatlichkeit.“

Bericht: Armin Ghassim, Jonas Schreijäg

Mitarbeit: John Goetz

Kamera: Jonas Schreijäg

Schnitt: Victor Pfannmöller